

Dokumente der Vollversammlung der GEKE



1. **Stellungnahme „Frei für die Zukunft – Verantwortung für Europa“** (Wort der Vollversammlung zur gegenwärtigen Lage in Europa)
2. **Bericht von Rosangela Jarjour: Zukunft der Christen im Nahen Osten gefährdet**

Frei für die Zukunft – Verantwortung für Europa

Stellungnahme der Vollversammlung

Vom 20. bis 26. September 2012 ist die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) für ihre 7. Vollversammlung in Florenz zusammengekommen. Sie trifft sich damit in einer Zeit, in der der europäische Einigungsprozess in einer tiefen Krise steckt: Ihre Auswirkungen auf die Menschen, ihre Gesellschaft, die Demokratie und den europäischen Integrationsprozess sind kaum zu überschätzen. In dieser Situation wendet sich die Vollversammlung an die Mitgliedskirchen der GEKE und die europäische Öffentlichkeit. „Frei für die Zukunft“ ist das Motto der 7. Vollversammlung der GEKE in Florenz. Diese Freiheit verdankt sich dem Zuspruch Gottes in Jesus Christus. Die Botschaft von Jesus Christus begründet Vertrauen und macht frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt. Die evangelischen Kirchen in Europa haben sich deshalb in der Leuenberger Konkordie dazu verpflichtet, gemeinsam für irdische Gerechtigkeit und Frieden zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern einzutreten. „Dies macht es notwendig, dass sie mit anderen Menschen nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an ihrer Anwendung beteiligen.“ (Leuenberger Konkordie 11)

In der gegenwärtigen europäischen Krise haben viele Menschen Angst vor der unmittelbaren Zukunft. Viele Menschen in Europa sind betroffen von Arbeitslosigkeit, sinkenden Einkommen, gekürzten Sozialleistungen, staatlichen Sparmaßnahmen bei der Finanzierung öffentlicher Güter und wachsender Armut. Besonders betroffen macht die extrem hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen in vielen Staaten. Die tief sitzende Sorge um ihre Existenz und ihre Perspektivlosigkeit treibt viele Menschen auf die Straßen.

Die Vollversammlung der GEKE ist sich bewusst, dass es in dieser Krise keine einfachen Antworten und nicht den einen Königsweg einer Lösung gibt, zumal die europäische Wirtschaft und Finanzwirtschaft mit der Weltwirtschaft eng verflochten sind. Auch möchte die Vollversammlung den politisch Verantwortlichen, die unter enormem Druck stehen und die Last, eine schwerwiegende Verantwortung für die Zukunft zu tragen haben, ihren Respekt bezeugen und ihrer Fürbitte versichern.

Innerhalb unserer Länder, aber auch weltweit, öffnet sich die Schere zwischen arm und reich. Die Opfer der Krise leben nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Erde. Alle Lösungsvorschläge und Entscheidungen müssen sich aber daran messen lassen, wie sie den betroffenen Menschen und Gesellschaften helfen sowie den europäischen Einigungsprozess erhalten und weltweite Solidarität fördern.

Die tiefgreifende Krise hat vielfältige Ursachen und Auswirkungen. Für die Vollversammlung sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

Mut zur Wahrheit fassen

Christlicher Glaube lebt von der Erfahrung, durch die Wahrheit frei für die Zukunft zu werden. Er hält sich an die biblische Zusage: „Die Wahrheit wird euch frei machen“ (Johannes 8,32). Im Vertrauen auf diese Zusage sind die Kirchen der GEKE davon überzeugt, dass die Wahrheit über das Ausmaß und die Konsequenzen der gegenwärtigen Krise Europas den Menschen nicht nur zumutbar ist, sondern befreiend wirken kann. Nur mit dem *Mut zur Wahrheit* können wir neue Handlungsspielräume und Perspektiven für die Zukunft gewinnen. Daher möchte die Vollversammlung die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ebenso wie alle Bürgerinnen und Bürger Europas ermutigen, sich auch unbequemen Wahrheiten zu stellen.

Der Mut zur Wahrheit befreit von der Behauptung, die gegenwärtigen politischen Strategien seien alternativlos. Zwar kann es Situationen geben, in denen man nur eine einzige Lösungsmöglichkeit sieht. Doch gibt es auch eine Ideologie der Alternativlosigkeit, die das Gegenteil von Wahrheit und Freiheit ist. Sie birgt die Gefahr, die Freiheit für die Zukunft zu verspielen. Das Eingeständnis eigener Ratlosigkeit oder Unsicherheit ist kein Zeichen politischer Schwäche, sondern der Stärke. Gerade so kann Vertrauen in die Politik gestärkt werden, ohne dass das europäische Projekt zum Scheitern verurteilt ist. Die Krise wird nicht

schnell überwunden werden. Es gilt, in der fortdauernden Krise neue Gestaltungsspielräume für eine gerechtere, solidarische und friedliche Gesellschaft zu gewinnen.

Die Ermutigung zu Wahrheit und Redlichkeit richtet sich aber auch an die Kirchen selbst, die ja nicht außerhalb von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft stehen, sondern selbst Akteure sind. Die Vollversammlung ermutigt daher ihre Mitgliedskirchen, sich selbstkritisch ihrer eigenen Verstrickung in die Krise zu stellen. Nur dann werden sie ihr Wort glaubwürdig an andere richten können.

Demokratie stärken

Die Krise setzt *Demokratie und demokratische Verfahren* unter einen enormen Entscheidungsdruck. Es ist der Eindruck entstanden, dass nicht mehr die Parlamente, Regierungen und europäische Institutionen die Entscheidungen treffen, sondern die Finanzmärkte. Bei den Menschen wächst das Gefühl, nur noch Objekt fremder Entscheidungen zu sein. Dies ist z. T. auch politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte geschuldet, die den Finanzsektor liberalisierten und einer öffentlichen Kontrolle entzogen.

Die Vollversammlung ist überzeugt, dass eine wirksame und zukunftssträchtige Überwindung der Krise nur in der Anwendung und Stärkung transparenter demokratischer Verfahren auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen in Europa gelingen kann. Beteiligung und Mitbestimmung sind nach evangelischem Verständnis grundlegend für das Zusammenleben in Europa.

Die sozialen Folgen beachten

Die verabreichten Rezepte der Krisenbewältigung nehmen bislang in keiner ausreichenden Weise die *sozialen Folgen* der Krise und auch nicht die sozialen Härten der gewählten Krisenbewältigungsstrategie wahr. Es hat sich gezeigt, dass die vorrangige Konzentration auf Sparprogramme und Haushaltskonsolidierung, so nötig und wünschenswert letztere sein mag, kurzfristig desaströse soziale Folgen in den betroffenen Ländern haben.

Die Vollversammlung begrüßt den Beschluss des Europäischen Rates vom Juni 2012, ein Programm für Wachstum und Beschäftigung mit 120 Mrd. Euro aus Mitteln der EU-Strukturfonds aufzulegen, vermisst aber nach wie vor eine systematische Einbeziehung der sozialen Folgen in die politischen Entscheidungen, wie in der Sozialklausel (Art. 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) des EU-Vertrages selbst angelegt ist.

Besonders deutlich wird diese Kluft in der *European economic governance* der EU, die gerade in den letzten beiden Jahren entwickelt wurde und die ein deutliches Gewicht auf Einsparungen und Haushaltskonsolidierung legt, hinter denen sozialpolitische Zielsetzungen weit zurückbleiben. Die im EU-Vertrag festgehaltene Zielbestimmung einer „in hohem Maße wettbewerbsfähige(n) soziale(n) Marktwirtschaft“ (Art. 3.3 des Vertrags über die Europäische Union), setzt aber eine Ordnungspolitik voraus, die wirtschaftliche und soziale Erfordernisse in gleicher Weise in den Blick nimmt.

Die Steuerpolitik gerecht ausrichten

Gegenüber den Sparprogrammen zur Haushaltskonsolidierung wird die Bedeutung der jeweiligen *Steuerpolitik* zu wenig in Betracht gezogen. Die Vollversammlung erinnert daran, dass unsere Gesellschaften und Staaten von den Steuern und der Solidarität aller leben und alle Bürgerinnen und Bürger dem Gemeinwohl verpflichtet sind. So zeigt sich z.B. in der Krise und angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit erneut, wie notwendig Investitionen der öffentlichen Hand in den gesamten Bereich der Bildung sind.

Es ist christliche Überzeugung, dass der Stärkere mehr leisten und tragen kann und soll als der Schwächere. Eine höhere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen – möglicherweise auf befristete Zeit – oder eine einmalige Abgabe auf hohe Einkommen und Vermögen erscheint in diesem Zusammenhang als sinnvolle Maßnahme, um die Lasten der Krise gerechter zu verteilen. Zusätzlich dazu müssen Steuerflucht und Steuerbetrug wirksam geahndet, eine effektive Steuerverwaltung aufgebaut bzw. gestärkt werden.

Den Finanzmarkt regulieren

Die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hat in den Staaten Europas unterschiedliche nationale Ursachen. Diese müssen analysiert und behoben werden. Unethisch ist eine auf Schulden ausgerichtete Politik, wenn sie die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen massiv beeinträchtigt und beschneidet. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die gegenwärtige Schuldenkrise in hohem Maße eine Folgeerscheinung der *Finanzmarktkrise* ist: Die Rettung angeschlagener Banken hat neben Konjunkturprogrammen, wegbrechenden Steuereinnahmen und zunehmenden Sozialausgaben in ausnahmslos allen Krisenstaaten zu einer bis dahin unvorstellbaren Zunahme der Staatsschulden geführt. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass Fragen der künftigen Regulierung des Finanzmarktes und der Banken eine entscheidende Rolle nicht nur bei der künftigen Ausgestaltung der Europäischen Union, sondern ganz Europas zukommen muss.

Nach evangelischem Verständnis sind Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden. Das Prinzip des Zusammenhangs von Risiko und Haftung muss deshalb auch in der Finanzwirtschaft wiederhergestellt werden. Auch müssen der Finanzsektor und die Gewinner der Krise an der Bewältigung der Krise stärker beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass nach wie vor Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden!

Weiterhin bedarf der Finanz- und Bankensektor einer effizienten und durchsetzungsfähigen Aufsicht und ethischer Regelung. Ein sichtbarer Schritt hierzu ist die vorgesehene Finanztransaktionssteuer unter Beteiligung möglichst vieler Staaten. Auch eine europäische Bankenunion mit gemeinsamen Regeln und einer gemeinsamen Aufsicht kann ein Schritt in diese Richtung sein.

Kein Zurück in den Nationalismus

Die Krise hat das Misstrauen vieler Menschen gegenüber den europäischen Institutionen verstärkt. Nationalistische und populistische Tendenzen und Parteien haben in vielen Ländern Auftrieb erhalten. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und auf Wahrung berechtigter nationaler Interessen ist von einem Nationalismus zu unterscheiden, der zu Konkurrenz und Feindschaft zwischen den Völkern und zur Unterdrückung von ethnischen Minderheiten führt. Der europäische Einigungsprozess ist gerade gegen den *Nationalismus* des 19. Jahrhunderts und seine schrecklichen Folgen im 20. Jahrhundert entstanden. Daher sind evangelische Kirchen – die z. T. selber in den Nationalismus tief verstrickt waren – diesem Prozess verbunden und unterstützen ihn. Die Vollversammlung verweist dazu auf die Studie der GEKE „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2001.

Unser Wirtschaftsmodell überprüfen

Neben den aktuellen und akuten Fragen stellen sich aber viele Christen die noch weitergehende Frage, ob diese Krise nicht auch ein Nachdenken über ein *Wirtschaftsmodell* erfordert, das Wohlstandszuwächse vor allem über wirtschaftliches Wachstum und die Ausdehnung von Marktlogik auf alle Lebensbereiche definiert. Die Vollversammlung ist dankbar für alle Ansätze und Diskussionen über alternative Wirtschafts- und Lebensweisen in Kirchen und Gemeinden und über sie hinaus in der Gesellschaft, wie sie auch in der Studie „Tretet ein für Gerechtigkeit“ auf der Vollversammlung festgehalten und vorgestellt wurden. Es geht dabei nicht um eine Abkehr von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Diese ist nach evangelischem Verständnis nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteordnung. Es geht aber um eine Umkehr zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, zur Gewährleistung guter und sicherer Arbeit, zu stabilen Sozialsystemen, zur Bereitstellung bedarfsgerechter öffentlicher Güter und nicht zuletzt zu nachhaltigem und die Schöpfung erhaltendem Wirtschaften.

Für ein solidarisches Europa

Die Europäische Union hat bislang einen wichtigen Beitrag zu Frieden, Freiheit und Wohlstand in Gerechtigkeit in Europa geleistet. Diesen Zielen weiß sich auch die GEKE

verpflichtet. Sie möchte die Partnerschaften von Kirchen und Kirchengemeinden und die Solidarität unter ihnen quer durch Europa stärken. Gerade in dieser Zeit sind kirchliche Partnerschaften und ökumenische Zusammenarbeit von ganz besonderem Wert für das Miteinander in Europa, für Verständigung und Zusammenhalt inmitten der Krise. Die Herausforderungen des 21. Jh. – wie die Globalisierung, der Klimawandel, der demographische Wandel, die Veränderungen in der Weltwirtschaft, der politische Transformationsprozess in den Nachbarregionen Europas – verlangen nach einem freien und geeinten Europa, dessen Bereitschaft zur Solidarität nicht an den Grenzen einzelner Staaten endet und über die Grenzen Europas hinausreicht.

22.09.12 Rosangela Jarjour: Zukunft der Christen im Nahen Osten gefährdet

"Wir wollen nicht Flüchtlinge sein, sondern in Frieden und mit vollen Rechten und Pflichten in unserem Land leben", sagte die aus Homs stammende Generalsekretärin der Evangelischen Kirchen in Nahen Osten vor der Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa.

Auf die dramatische Situation der Christen im Nahen Osten hat Rosangela Jarjour aufmerksam gemacht. "Ich habe den Traum, eines Tages aufzustehen und zu sagen 'Ich bringe gute Neuigkeiten', aber das kann ich im Moment nicht", sagte die Generalsekretärin der Fellowship of Middle East Evangelical Churches (FMEEC) bei der derzeit in Florenz tagenden Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). Noch nie hätten Christen eine "so schlimme Situation" erlebt. Die Zukunft der Christen im Nahen Osten sei, so die aus Homs in Syrien stammende Generalsekretärin, massiv gefährdet. Der Alltag von Christen, die vorher in Sicherheit leben konnten, sei nun von Angst bestimmt. Christen müssten nun erleben, dass sie nicht mehr ihre Religion ausüben könnten und persönliche Freiheitsrechte oder das Rederecht "weggenommen werden, alles was vorher säkular war, wird nun islamisiert". Allein in Ägypten seien über 50000 Christen seit Beginn der Revolution geflohen. In Homs sei ihre Familie gezwungen worden, die Heimatstadt zu verlassen. "Christen haben ihre Häuser, Geschäfte und Kirchen verloren, es wurde geplündert, vieles ruiniert oder verbrannt", berichtete Jarjour, die den Delegierten auch erschütternde Bilder von zerstörten Kirchen in Syrien zeigte.

An die Kirchen im Westen appellierte Jarjour, "ihre prophetische Stimme zu erheben und nicht einfach ihren Regierungen zu folgen". Es gehe darum, "auch in Syrien nach der Wahrheit zu forschen und mehr zu sehen als das, was im Fernsehen gezeigt wird", meinte die Generalsekretärin der "Fellowship of Middle East Evangelical Churches", die rund 2 Millionen Mitglieder aus 17 lutherischen, reformierten und anglikanischen Kirchen repräsentiert. Im Nahen Osten hätten Christen das Gefühl, "dass der Westen sie vergisst". Doch "der Rest der Christen wird ausgelöscht, wenn das so weitergeht", warnte Jarjour.

Die Manifestationen, die in Syrien friedlich begonnen hätten, seien schnell in Gewalt übergeschlagen. "Viele von uns glauben nicht, dass dies von Menschen innerhalb des Landes kommt.". Anfänglich wären Christen und Muslime gemeinsam auf die Straße gegangen, doch als die Gewalt zunahm, hätten sich viele Christen von der Straße zurückgezogen. "Das war keine Bewegung des Volkes mehr, Syrien wurden zum Spielfeld für alle möglichen Kräfte von außen", konstatierte die Generalsekretärin und zeigte sich überzeugt, dass "Demokratie nicht durch Waffen und Geld aus Saudiarabien oder Quatar geschaffen werden kann".

"Kein einziger Christ" sei mit den Entwicklungen in Syrien einverstanden. Persönlich stehe sie "für eine friedliche Lösung. Wer immer auch Syrien regieren wird, soll uns Christen einfach Freiheit einräumen, Sicherheit geben und Frieden ermöglichen". Eindringlich unterstrich die gebürtige Syrerin, die nun am Sitz der "Fellowship of Middle East Evangelical Churches" in Beirut tätig ist, den Wunsch vieler Christen, im Land zu bleiben: "Wir wollen nicht Flüchtlinge sein sondern dort bleiben mit Würde, mit vollen Rechten und Pflichten." Bevor die Christen nicht "die Agenda der neuen Regierenden kennen, wie sie zukünftig behandelt werden", würden sich viele, die unter Assad unbeeinträchtigt leben konnten, nicht auf ungewisse Verhältnisse einlassen wollen.

Das Statement der Generalsekretärin wurde auf der GEKE-Vollversammlung mit besonderem Interesse erwartet. „Die GEKE ist international vernetzt“, sagte GEKE-Präsident Thomas Wipf. „Mit der Einladung an Frau Jarjour zur repräsentativsten Versammlung des europäischen Protestantismus wollten wir unsere Verbundenheit mit den protestantischen Kirchen im Mittleren Osten zum Ausdruck bringen.“

© 2010-2012 GEKE